

Rede von Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der DFG-VK
bei der Kundgebung gegen Rüstungsexporte
am Weltfriedenstag in Neu-Isenburg, 21.9.2019

Liebe Freundinnen und Freunde, lieber Herr Bürgermeister Hunkel,

ich spreche zu euch und Ihnen als Verleger, Bürger dieser Stadt, Vertreter des Gesprächskreises Frieden und Demokratie Neu-Isenburg und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der ältesten und einer der wenigen bundesweiten Friedensorganisationen. Unser Verband stellt einen der drei SprecherInnen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

In der Bevölkerung gibt es eine klare Mehrheit gegen Rüstungsexporte. 73% der Befragten sprechen sich regelmäßig etwa gegen den Export von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien aus. Mit unserer Kundgebung geben wir dieser Mehrheit eine Stimme und protestieren dagegen, dass Deutschland seit vielen Jahren Europameister im Geschäft mit dem Tod ist. Unser Land ist trotz seiner Geschichte weltweit der fünftgrößte Rüstungsexporteur. Das ist ein Skandal!

Arbeitsplätze werden durch Rüstungsexporte kaum gesichert. Nur 0,2 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Rüstungsindustrie, und Investitionen schaffen im zivilen Bereich deutlich mehr Arbeitsplätze als dort, wo die Produktivität besonders hoch ist. Die Rüstungsproduktion kann also aus beschäftigungspolitischer Sicht problemlos in nicht-militärische Industrien umgewandelt werden.

Dennoch gibt AK-47 alias Frau Krampf-Knarrenbauer vor, Arbeitsplätze zu retten, wenn sie die Freigabe von Rüstungsexporten im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte auch an kriegführende Staaten fordert. Angeblich seien die deutschen Exportrichtlinien zu streng im europäischen Vergleich und müssten verwässert werden. Aber das stimmt nicht. Seit 2008 verbieten die Regeln des Europäischen Rates Exporte in Kriegs- und Krisenregionen und an menschenrechtsverletzende Staaten. Das trifft auf Saudi-Arabien zu, das Krieg im Jemen führt. Es gilt auch für die Vereinigten Emirate, die die Bundesregierung beliefern will, obwohl die Emirate südjemenitische Separatisten in ihrem Kampf gegen die jemenitische Regierung unterstützen. Wir fordern, dass diese rechtlich verbindlichen Regeln eingehalten werden. Wir

wissen uns darin einig mit dem Europäischen Parlament, das im November letzten Jahres die europäische Praxis der Rüstungsexporte verurteilte und die Einhaltung besagter Regeln des Europäischen Rates fordert. Wir wissen uns auch einig mit einem britischen Gericht, das Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien verboten hat, und mit französischen und italienischen Hafentarbeitern, die sich geweigert haben, Schiffe zu beladen, die Waffen nach Saudi-Arabien transportieren sollten.

Wir erwarten von Daimler, die Wasserwerfer zurückzufordern, die gegen die Bevölkerung in Hongkong eingesetzt werden. Und wir solidarisieren uns mit der dortigen Demokratiebewegung und schließen uns ihren fünf Forderungen an.

Ein Drittel von Deutschlands Waffenexporten geht in die Krisenregion Nahost/Nordafrika – an erster Stelle Algerien, wo gerade Massendemonstrationen stattfinden. Unser Land sollte endlich seine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, das diesen bestialischen Mord verantwortet, und anderswo einstellen, statt Waffen dorthin zu liefern und sogar Leopard-Kampfpanzer an die andere Regionalmacht Katar, die das Emirat im blutigen Jemen-Krieg einsetzt. Die Teilnehmer dieses völkerrechtswidrigen Krieges haben bereits Rüstungsexporte im Wert von einer Milliarde Euro erhalten. Deutschland ist gut dabei mit Kleinwaffen, Tornados und Eurofighter. Die Türkei wiederum setzt deutsche Leopard-Kampfpanzer in ihrem Angriffskrieg gegen die syrischen Kurden ein. Waffen an Kriegsparteien zu liefern, ist wie Öl ins Feuer zu gießen. Sie verlängern den Krieg nur und geraten unweigerlich über kurz oder lang in die falschen Hände. Z.B. stammen die Waffen des IS größtenteils aus den USA, Russland und Deutschland und wurden von der irakischen und syrischen Armee gestohlen. Deshalb gilt: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten!

Wir unterstützen die Forderung des UN-Sondergesandten für Libyen, dass das UN-Sanktionskomitee, dessen Vorsitz Deutschland innehat, all jene bestraft, die Waffen nach Libyen bringen und damit den dortigen Krieg anheizen. Das könnte bedeuten, dass Deutschland gegen deutsche, französische oder italienische Rüstungsexporteure vorgeht. Wir können Erfolge vorweisen. Durch unsere Proteste gegen die Militär- und Waffentechnik-Messe ITEC haben wir erreicht, dass die Messen Köln und Stuttgart der ITEC Absagen erteilt haben. Und Heckler & Koch sowie Rheinmetall leiden unter den negativen Schlagzeilen, die wir initiiert haben.

Heckler & Koch hat sich aufgrund unseres Drucks verpflichtet, Waffen nur noch in Staaten zu liefern, die mit der Nato verbündet sind und keine Menschenrechte verletzen. Das ist schon mal ein erster Schritt.

Wir fordern ein im Grundgesetz festzuschreibendes Verbot aller Waffenexporte.

Und wir freuen uns, dass die hiesigen Kirchen heute um 18h die Glocken läuten werden, als Zeichen gegen europäische Rüstungsexporte.

Lasst uns mit Margot Käßmann schließen und darauf insistieren, dass Friedenspolitik und politischer Pazifismus weitaus realistischer sind als die sogenannte „Realpolitik“.

Unterbinden wir endlich das Massenmorden mit deutschen Waffen!

Vielen Dank für eure und Ihre Langmut. Damit schließe ich diese Kundgebung.